DIE STÜTZE

1. Jahrgang 20. März 1990 4/90

Liebe Leserinnen und Leser!

Viele von Ihnen kennen DIE STÜTZE seit Erscheinen des ersten Heftes, für andere ist diese vierte Ausgabe möglicherweise die erste, die Sie in die Hand bekommen haben. (Willkommen in unserem Leserkreis!) Ihnen allen wünsche ich, daß der heutige Tag Ihnen ein freundliches Gesicht zeigt und unser Journal ein echter Gewinn für Sie wird.

Im April soll nun in Berlin der Behindertenverband für die gesamte DDR gegründet werden. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir gibt diese Tatsache trotz allem Mut und einige Zuversicht – gerade angesichts der Probleme, die in puncto Arbeitsplatz-Erhalt und soziale Absicherung auf alle Bevölkerungsgruppen bei uns zukommen werden, nicht zuletzt auch auf Behinderte und ihre Angehörigen.

Dieser bevorstehende Gründungskongreß ist, so denke ich, auch ein guter Anlaß, um über die bisherige Arbeit unseres Berliner Verbandes und einige seiner allernächsten Aufgaben nachzudenken. Erlauben Sie mir deshalb einen kleinen sicher nicht umfassenden Rückblick, der vor allem für die heutigen Erst-Leser unter Ihnen interessant sein könnte. Als Mitunterzeichner des Gründungsaufrufes kann ich mich noch gut an die oft sehr emotionsgeladenen Diskussionen erinnern, die unter den Mitgliedern unserer Initiativgruppe und anderen Behinderten geführt wurden. Zeitweise hatte man den Eindruck, als würde die Vielfalt von Meinungen und Problemen nie unter einen Hut zu bringen sein. Das änderte sich jedoch im Dezember mit der Bildung von elf thematischen Arbeitsgruppen, wie z. B. „Bauwesen und Verkehr", „Interessen geistig Behinderter" und Rehabilitationstechnik, die sofort mit ihrer konkreten Tätigkeit begannen. Bis zur Gründungsversammlung am 13. Januar wurden Positionspapiere der Arbeitsgruppen erstellt, in denen sie ihre künftigen Ziele und Aufgaben erläuterten. Bei einigen Arbeitsgruppen ist schon der Name programmatisch: „Arbeit für alle", „Bildung für alle" und „Menschen-

In diesem Heft:

Forum zur Sozialpolitik

Ergebnisse beim Berliner Runden Tisch

Integration sollte bei uns selbst beginnen

Zum Beispiel Krankentransport

Positionen von Arbeitsgruppen

Infos / Meldungen

Post an uns

Kontaktadressen

würdiges Wohnen"! Solche komplexen Themen kann man, da werden Sie mir sicher zustimmen, nicht in ein paar Wochen bewältigen. Die Schaffung von gesetzlichen Regelungen zum Erhalt oder zur Neugestaltung von Arbeitsplätzen, oder das Entstehen neuer integrativer Bildungskonzepte – all das erfordert nicht nur viel Kraft und Zeit, es braucht auch unsere persönliche Mitwirkung in den Kommissionen und Ausschüssen auf kommunaler Ebene, in den Gewerkschaften, Parteien bis hin zur Kandidatur für die Volkskammer.

Gerade im Hinblick auf die öffentliche Aufmerksamkeit für unsere Probleme haben wir in diesen wahlkampfbewegten Wochen erste wichtige Erfolge erringen können: So vertreten seit einiger Zeit Jürgen Demloff, Regina Reichert und Rolf Barthel den Behindertenverband am Berliner Runden Tisch. Von seiten der SPD, der CDU, von den Grünen und der PDS erhielten wir die Möglichkeit, auf ihre Wahllisten Kandidaten des Verbandes setzen zu können. Ebenso beginnt sich der Kontakt zu Presse, Funk und Fernsehen zu stabilisieren. Doch, daß Interesse und Wohlwollen von Parteien und Medien allein nicht ausreichen, zeigt das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung, dessen ursprüngliche Bestimmungen vorsahen, Invalidenrentnern bei Verlust ihres Arbeitsplatzes keinen Gehaltsausgleich zu zahlen. Diese Regelung wurde erst nach unseren Protesten durch einen Antrag von „Demokratie jetzt" am Zentralen Runden Tisch mit einer Durchführungsbestimmung korrigiert.

Dieses Beispiel macht meiner Ansicht nach recht deutlich, daß der Behindertenverband so schnell als möglich die Einrichtung eines Amtes für Behindertenfragen und parallel dazu die Installierung eines Beirates beim Ministerrat, bestehend aus Verbandsmitgliedern, erwirken muß. Nur so können alle neuen Gesetzesvorlagen vor ihrer Verabschiedung unter dem Gesichtspunkt der Interessen sozial schwacher Menschen überprüft werden.

Der eine oder andere Skeptiker unter Ihnen wird nun vielleicht sagen: Was hat es für einen Sinn, große Pläne für die Zukunft zu machen – mit der Wirtschafts- und Währungsunion wird sowieso alles ganz anders als wir es uns vorstellen, viel schwerer und härter als je. Ja, das ist wahr, aber mußten wir nicht schon immer hart um unsere Rechte kämpfen? In Zukunft werden wir uns nur mit noch stärkeren Argumenten und größeren Forderungen zu Wort melden müssen. In der Hoffnung, daß sie, liebe Leser, Ihren Optimismus ebenso mobilisieren können wie wir, verbleibe ich

mit besten Wünschen
Ihre **Dörte Kränke**

Unsere Spendenkonten

Berliner Stadtkontor: Nr. 6651–34–307 (für Mark der DDR)
und Nr. 6651–50–30010 (für Valuta)

Behindertenverband der DDR:

Berliner Stadtkontor: Nr. 6651–39–89 (für Mark der DDR)
und Nr. 6651–57–30850 (für Valuta)

Noch vor der Wahl:

Forum des Behindertenverbandes zur Sozialpolitik

Am 27. Februar hatte der Berliner Behindertenverband Vertreter der sich zur Wahl stellenden Parteien und Bewegungen eingeladen, um sich, quasi in Art einer Anhörung, zu informieren, für welche Sozialpolitik sie sich als künftige Mandatsträger im DDR-Parlament und im Vereinigungsprozeß beider deutscher Staaten einsetzen werden. Zugleich aber wollten wir ihnen deutlich machen, wo unsere Erwartungen und Bedürfnisse liegen, in welchen Bereichen wir um gemeinsame Bemühungen bitten. Schwerpunkte der Fragen waren drei Gebiete, die schon als Bezeichnungen für Arbeitsgruppen unseres Verbandes einen politischen Forderungscharakter tragen und existentielle Probleme von Menschen mit Behinderungen umreißen: Arbeit für alle, Bildung für alle und menschenwürdiges Wohnen.
Wichtig war uns aber auch zu erfahren, wie die einzelnen Parteien und Bewegungen zur politischen Selbstvertretung von behinderten Menschen stehen. Erschienen waren Vertreter von CDU, Demokratie jetzt, DBD, DSU, Grüner Partei, der Initiative Frieden und Menschenrechte, LDP, der Nelken, des Neuen Forums, der NDPD, PDS, SPD, des Unabhängigen Frauenverbandes und der Vereinigten Linken. Ihre Standpunkte zu unseren Fragen seien hier stichpunktartig wiedergegeben.

1. Komplex: Haltung der Parteien und Bewegungen zum Recht auf Arbeit für alle Menschen und darin zum Recht auf Arbeit für behinderte Bürger

Initiative Frieden und Menschenrechte

- das Recht auf Arbeit in der Verfassung beibehalten
- gesellschaftliche Voraussetzungen schaffen, daß möglichst alle Menschen Arbeit haben
- steuerliche Erleichterungen für Betriebe, um geschützte Arbeitsplätze zu schaffen
- Betriebe technisch so ausstatten, daß es Behinderten möglich ist, dort zu arbeiten

SPD

- für Sicherung des Rechts auf Arbeit für Behinderte
- Voraussetzungen sind bei der Orientierung auf eine freie Entfaltung der marktwirtschaftlichen Mechanismen Schutzregelungen für Behinderte, z. B. ein Kündigungsschutz
- steuerliche Anreize für die Einstellung von Behinderten
- Freikauf von der Verpflichtung, Behinderte einzustellen, durch wirksame Sanktionen verhindern
- differenzierte Möglichkeiten des Zuverdienens zur Rente für Behinderte, bei entsprechender Minderung der Rentenzahlung
- bei Eintreten der Behinderung erst im Arbeitsleben Tätigkeit im bisherigen Betrieb, in der bisherigen Art durchsetzen und Beförderungswerke schaffen, die eine Umschulung gewährleisten
- entsprechende Werkstätten steuerlich fördern und staatlich unterstützen

CDU

- Recht auf Arbeit, gerade auch für Menschen mit Behinderungen, hat hohen Stellenwert
- jeden 17. Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderungen fixieren, feste Quotenregelung
- Schwerpunkt: Potential des einzelnen Menschen mit einer Behinderung voll ausschöpfen durch ein ergo-diagnostisches System, das die individuelle Chance erweitert, den in der Behinderung möglichen Arbeitsplatz zu erreichen.
- mit Rentenanpassung zwischen beiden deutschen Staaten auch Rentenregelung für Menschen mit Behinderungen schaffen, die keine Schlechterstellung mit sich bringt: in der BRD so nicht existierende Rentenrechte, z. B. Invalidenrentenregelung für Menschen, die nicht schon 5 Jahre gearbeitet haben, will CDU nicht übernehmen und entsprechend mit der West-CDU verhandeln
- Kündigungsschutz für Behinderte, der durch Personal- und Betriebsräte gesichert werden soll

Die Nelken

- Recht auf Arbeit verfassungsmäßig sichern
- jede Gesellschaft muß sich daran messen lassen, wie sie in der Lage ist, ihr schwächstes Glied zu integrieren: Bedingungen schaffen, die es Geschädigten gewährleisten, eine fast adäquate Leistungsfähigkeit zu erringen
- Rehabilitationszentren sollen ihre ursprüngliche Aufgabe erfüllen, nämlich Geschädigte zu unterstützen in ihrem ureigenen Bemühen, für die Gesellschaft und sich selbst nützlich zu sein
- Basis ist gesellschaftliches Eigentum

Vereinigte Linke

- Arbeit mit Behinderten ist kein ethisches Anhängsel, sondern eine politische mit entsprechenden ökonomischen Voraussetzungen
- freie Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, Vollbeschäftigung zu sichern, schon gar nicht für solche, die in einer Ellenbogengesellschaft an den Rand gedrängt werden, wie Behinderte
- große Menge an gesellschaftlichem Eigentum in der DDR erhalten bzw. errichten, weil nur so Voraussetzungen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft geschaffen werden können
- Auszahlen der vorgeschriebenen Behindertenarbeitsplätze kann mit noch so hohen Sanktionen allein nicht verhindert werden

PDS

- durch die Rolle der SED in der bisherigen Gesellschaft mitverantwortlich für eine Reihe von Mängeln, die bei der Sicherung des Rechts auf Arbeit bestehen
- Hauptaufgabe: Recht auf Arbeit gewährleisten als verfassungsmäßiges Grundrecht
- dabei besonders für Behinderte bessere Bedingungen für Integration und Selbstverwirklichung schaffen
- Skandal, wenn schon jetzt, in den ersten Stufen des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Prinzipien, Behinderte entlassen werden

- bei Übergang zur Marktwirtschaft nicht nur für Umschulungsprogramme und Arbeitslosenunterstützung kämpfen, sondern Vorrang muß Arbeitsplatzbeschaffung haben – für alle und besonders für Menschen mit Behinderungen
- rasch gesetzliche Regelungen in der Volkskammer und den Betrieben schaffen; nicht warten, bis Marktwirtschaft wirksam ist
- dabei zwei Aspekte verbinden: 1. Auflagen und Quoten, die sichern, daß ein bestimmter Anteil der Belegschaft Menschen mit Behinderungen sind; 2. steuerliche Vergünstigung, wenn entsprechende Arbeitsplätze geschaffen werden, und Sanktion, wenn die Auflagen nicht eingehalten werden
- Solidarität unter der Belegschaft entwickeln, daß Protest erhoben wird gegen solche Entlassungen
- einerseits Arbeitsplätze in geschützten Werkstätten, aber andererseits ist möglichst ein großer Teil unmittelbar in die Arbeitskollektive zu integrieren
- Betreuern von behinderten Menschen muß wegen ihrer besonderen Belastung auch besondere Unterstützung gegeben werden, ihre Arbeit muß gesichert sein

Grüne Partei

- schließt sich inhaltlich den Positionen der Vereinigten Linken und der Nelken an
- Recht auf Arbeit in einer Verfassung muß für alle gelten
- Möglichkeiten für Behinderte, dieses Recht wahrzunehmen, besonders unterstützen, z. B. durch Quotenregelung für Betriebe

Unabhängiger Frauenverband

- finanzielle Mittel für Stützung von Arbeitsplätzen Behinderter durch völlige Entmilitarisierung Deutschlands schaffen
- zuerst Arbeitsplätze von Behinderten schützen, weil Arbeit für sie die zentrale Form der Kommunikation ist

Demokratie jetzt

- Recht auf Arbeit ist Menschenrecht
- schnelle Einheit bewirkt das Untergehen dieses Rechts, denn es ist im Grundgesetz so nicht verankert, muß aber in die deutsche Einheit eingebracht werden

LDP

- Recht auf Arbeit kann in der Verfassung als politisches verankert werden
- haben im Verhalten der Betriebe bereits marktwirtschaftliche Prinzipien, nur nicht die Produkte der Marktwirtschaft und den staatlichen Rahmen
- Marktwirtschaft schafft bessere technische Bedingungen, die Behinderte für Kommunikation, Arbeitsfähigkeit und Leistung dringend brauchen
- zunächst mit der Wirtschaft Voraussetzungen für die Integration Behinderter in den normalen Arbeitsprozeß schaffen: durch steuerliche Bedingungen für die Einstellung von Behinderten, die so gestaltet werden, daß Freikauf nicht möglich ist
- geschützte Werkstätten vom Staat garantieren als zweiten Schritt

DSU

- geht von Prinzipien der Solidarität und Subsidarität aus, wobei Solidarität bedeutet, daß Gesellschaft dem hilft, der sich nicht selbst helfen kann

- Solidarunion bedeutet Kündigungsschutz, keinen Freikauf, Möglichkeit des Zuverdienens zur Rente, Unterstützung der Betreuer
- pflegende Mütter sollten Rente angerechnet bekommen und auch etwas verdienen
- Staat kann in Bezug auf die Garantie der Arbeit keinen großen Kuchen verteilen, aber die Marktwirtschaft muß sozial sein, was heißt, daß die sozialen Prinzipien wichtiger sind als der Gewinn

DBD

- Entlassung von Behinderten ist klarer Bruch bestehender Gesetze, die auch einklagbar sind
- Recht auf Arbeit in der Verfassung festschreiben, das für Behinderte ebenfalls einklagbar sein sollte
- Staat darf nicht aus der Pflicht für den Schutz Behinderter entlassen werden
- stehen Marktwirtschaft momentan in der DDR durch fehlende Rahmenbedingungen hilflos gegenüber: kurzfristig durch Steuerreform und Förderungsmittel ökonomische Bedingungen für Betriebe schaffen, die es ihnen ermöglichen, die Arbeit für Behinderte zu sichern
- unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ist neben dem Profit für Behinderte kein Platz
- bei der Modernisierung und Einrichtung von Arbeitsplätzen gleich die Möglichkeiten und Bedingungen von Behinderten bedenken

2. Komplex: Vorstellungen von der Mitwirkung und Interessenvertretung Behinderter auf kommunaler und staatlicher Ebene

Initiative Frieden und Menschenrechte

- ihre Anliegen müssen vor allem von Behinderten selbst durchgesetzt werden
- will deshalb die Arbeit der Behindertenverbände unterstützen und politisch wirksam machen
- im Programm steht Einrichtung einer parlamentarischen Institution zur Vertretung der Interessen Behinderter
- gemeinsam diskutieren, wie die politische Mitbestimmung praktisch zu organisieren wäre
- Vorschlag: Verbände für Alte, Behinderte etc. bilden ein außerparlamentarisches Gremium, mit dem bei jedem parlamentarischen Thema Konsultationspflicht besteht
- Behinderte sollten außerdem in allen Parteien und Gruppierungen mitarbeiten

Die Nelken

- konkrete Strukturen in den Kommunen für Mitbestimmung schaffen
- Einrichtungen schaffen, in denen Geschädigte selbst die Entscheidungen treffen können

Grüne Partei

- Behinderte können und sollen sich selbst vertreten
- müssen in alle Projektierungs- und Entscheidungsprozesse integriert werden
- jeder Behinderte hat ein Recht auf seine politische Meinung; es steht deshalb in der Verantwortung jeder Partei, inwieweit sie Behinderte mit einbezieht
- in Volkskammer und Kommunen müssen Vertretungen installiert werden, damit ständige Ignorierung der Behindertenproblematik ein Ende hat
- Runde Tische in irgendeiner Form weiterführen, an die auch Behindertenvertreter gehören
- Partnerschaft mit Behindertenverband steht erst am Anfang

Demokratie jetzt

- Behindertenverband soll nicht allein Parteien fragen, wie sie die Probleme lösen wollen, sondern sie auch fragen, ob sie ein politisches Mitspracherecht des Verbands im Parlament garantieren
- Behindertenproblematik ist eine politische und muß auch politisch vertreten werden können, auch im höchsten Gremium eines Staates
- als Übergang bis zur eigenen Interessenvertretung will Bürgerbewegung „Bündnis 90" unsere Forderungen im Parlament zur Sprache bringen

Vereinigte Linke

- gemeinsam erkämpfte demokratische Errungenschaften, wie Runde Tische und Bürgerkomitees, weiter für Behinderte in großer Breite nutzen
- gemeinsam für unsere Interessen, für eine solidarische Gesellschaft in der DDR eintreten und nicht zulassen, daß eine oder zwei Parteien sagen, sie vertreten die Interessen des gesamten Volkes
- für Frauen, Behinderte, Kinder in Wahlplattform mindestens Staatssekretariat gefordert mit Vetorecht in allen sie betreffenden Fragen

PDS

- Probleme der Behinderten müssen stärkere Rolle in Gesetzesinitiativen, in Beratungen von Volkskammer und Regierung spielen
- überlegen, wie die Erfahrungen des Runden Tisches weitergeführt werden können, um diese Fragen stets beachten zu können
- wichtig: Regierungsbeauftragten mit kleinem Stab bilden, um zu verhindern, daß fehlerhafte Gesetze wie über die Arbeitslosenunterstützung entstehen
- für ein Staatssekretariat für Behinderte in einer DDR-Regierung
- für Realisierung der Absichten ist Gemeinsamkeit mit Behindertenvertretern notwendig, die Prioritäten setzt und keine Abstriche zuläßt

SPD

- wesentlichste Arbeit mit allen Gruppen, die hilfsbedürftig sind und denen Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden soll, muß auf kommunaler Ebene geschehen
- im Territorium müssen Sozialstationen geschaffen werden
- Staat schafft Rahmenregelungen, vor allem finanzieller Art

Unabhängiger Frauenverband

- Minderheitsrecht auf staatlicher und kommunaler Ebene mit Vetorecht einräumen, damit keine Gesetze zum Nachteil irgendeiner Gruppe der Gesellschaft verabschiedet werden können

LDP

- keine Ministerien und Ämter, die das Geld verschlingen, das für die Behinderten selbst gebraucht wird
- parlamentarischen Ausschuß schaffen, der jedes Gesetz zur Kenntnis nimmt und in bestimmten Fällen auch ein Vetorecht hat

CDU

- tritt für Staatssekretariat für Behinderte in einem Bundesministerium für Soziales ein

Die Nelken

- stehen als Bündnispartner der Vereinigten Linken hinter der Forderung nach einem Staatssekretariat bzw. Ministerium
- wenn kein Staatssekretariat, dann das außerparlamentarische Vetorecht eines Organs der Behindertenverbände

NDPD

- mit wenig Aufwand, aber viel Kompetenz sofort etwas tun, d. h. einen Regierungsbeauftragten installieren
- Volkskammerausschuß bilden, da Interessen der Behinderten auch mit parlamentarischen Mitteln vertreten werden müssen

3. Komplex: Haltung zu einer gemeinsamen Bildung von Kindern mit und ohne Behinderungen, zur Kompetenz der Eltern bei der Bildungsentscheidung für ihre Kinder

SPD

- Last der Einheitlichkeit der Schulbildung abschütteln
- bisherige spezielle Schuleinrichtungen fortbestehen lassen
- daneben, entsprechend den individuellen Voraussetzungen, die Möglichkeit einer integrierten Beschulung schaffen
- für eine integrierte Erziehung bereits in der Krippe
- gibt auch Probleme mit behinderten Kindern in normalen Erziehungseinrichtungen, deshalb dort rehabilitationspädagogische Unterstützung einrichten

Vereinigte Linke

- für freie Schulwahl

LDP

- jedes menschliche Leben ist bildbar
- derzeitige Begrenzung der Sonderschulbildung für psychisch geschädigte Kinder mit der 8. Klasse beseitigen
- wo machbar und im Interesse der Geschädigten integrative Bildungsform ermöglichen: entsprechend der Art der Schädigung abhängig z. B. von baulichen Voraussetzungen und der Notwendigkeit spezieller pädagogischer Förderung
- denkbar ist Möglichkeit der Zwillingsschule: nebeneinander liegend eine Schule für Kinder mit Behinderungen und eine für gesunde

Die Grünen

- für integriertes Bildungssystem
- Kindereinrichtungen bewahren und so umstrukturieren, daß Leistungsdruck und Militanz verschwinden, behinderte Kinder integriert werden können

PDS

- in Kinderkrippen gab es bereits integrierte Gruppen von Kindern mit und ohne Behinderungen
- integrative Bildung in Kindergarten und Schule hat bisher nicht geklappt, diese Situation muß unbedingt geändert werden
- muß breiter Konsens zwischen Behinderten und „Normalen" geschaffen werden, damit die Ängste, vor allem bei Eltern von gesunden Kindern, verschwinden

DBD

- alle Einrichtungen, z. B. auch die Schulen, auf ihre Behindertengerechtigkeit prüfen

NDPD

- Primat bei der Bildung muß das individuelle Bedürfnis des Behinderten, abhängig von der Art der Behinderung, haben
- befürwortet Integration, aber subjektive Hemmschwellen bei Eltern gesunder Kinder müssen von vornherein abgebaut werden

Die Nelken

- für eine integrierte Schulbildung

4. Komplex: Vorstellungen hinsichtlich des Rechts auf Wohnen für Behinderte unter dem Gesichtspunkt der Aufhebung von Subventionen und Haltung zum Mieterschutz

SPD

- bei Neubauten Vorschriften schaffen bzw. einhalten, die Wohnungen für Menschen mit Behinderungen bewohnbar machen
- steuerliche Vergünstigungen im frei finanzierten Wohnungsbau für Errichtung behindertengerechter Wohnungen
- bei unterschiedlichen Formen der Sicherung des Wohnraumanspruchs auch finanzielle Absicherung bedenken
- Mieterschutz für Behinderte hat hohen Stellenwert

Vereinigte Linke

- für Mieterschutz

Die Grünen

- generelle Mietpreisbindung, Wohnungen dürfen kein Spekulationsobjekt werden
- bei Mietpreiserhöhungen zum Zwecke der Kostendeckung entsprechender Ausgleich für Behinderte, Alte und Kinderreiche
- Kündigungsschutz für Behinderte und Rentner
- Rekonstruktion unter dem Gesichtspunkt, daß ein Mindestsatz an behindertengerechten Wohnungen zu schaffen ist

CDU

- will sich um breiten Mieterschutz bemühen

PDS

- für vollen Mieterschutz
- mit Subventionsabbau bei Mieten als letztes beginnen
- Recht auf Wohnraum muß in die Verfassung
- dagegen, daß Art. 13 des Grundgesetzes in der DDR übernommen wird

NDPD

- Mieterschutz besonders für Behinderte notwendig

Die Nelken

- Mietpreis abhängig machen von Personen- und Wohnraumzahl
- Vorschlag: Ausdehnung der Mietpreisregelung für Geschädigte der Stufe IV (Schwerstbeschädigt mit Begleiter), wo nur 5 % des gemeinsamen Einkommens als Miete gezahlt werden müssen, auf eine größere Gruppe

Während des Forums war auch Gelegenheit, **Ulf Fink, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der BRD-CDU** zum Sozialrecht der Bundesrepublik zu befragen. Er gab zu, daß auch in der BRD die Leistungen für Menschen mit Behinderungen und ihre Integration verbesserungswürdig sind. Es herrsche kein idealer Zustand, der nur zu übernehmen wäre. Die Gesetzgebung im Behinderten- und Pflegerecht unterscheide sich zwischen Bundes- und Länderebene, wobei vieles auf der Länderebene entschieden würde und demzufolge von Land zu Land differiere (hier zum Beispiel die Praxis von Schulen, Kindergärten, Fahrdiensten). So gibt es in Westberlin ein Pflegegesetz, nachdem alle pflegebedürftigen Schwerstbehinderten eine Pflegerente bekommen, von 300,- bis 1500,- DM, dazu eine Haushaltshilfe, auch haben die Betreuer einen Rentenanspruch. Doch dies gilt eben nur in Westberlin. Es gibt in der BRD kein Recht auf Arbeit. Als Sonderrelung aber müssen 6 % der Beschäftigten eines Betriebes Schwerbehinderte sein. Für den nichtbesetzten Platz ist eine Ausgleichsabgabe von ca. 200,- DM pro Monat (!?) zu zahlen. Die Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten in der BRD sei aber nicht höher als die anderer Gruppen. Nach den Rentengesetzen hat nur der einen Anspruch, der 60 versicherungspflichtige Monate gearbeitet hat. Wer keinen Rentenanspruch hat – und das sind alle, die nach unserem Recht mit 18 Jahren invalidisiert wurden – bekommt Sozialhilfe, wobei allerdings auch die Verwandten für die materielle Sicherstellung herangezogen werden können. Diese unsichere Praxis von Abhängigkeiten, kann doch die Sozialhilfe auch gestrichen werden, wenn derjenige selbst durch Erbschaft oder auf andere Weise zu einem „Vermögen" von der Höhe des doppelten monatlichen Sozialhilfesatzes kommt, verteidigte Herr Fink mit der Bemerkung, die Sozialhilfe sei schließlich höher als die entsprechenden Renten in der DDR.

Abschließend noch einige persönliche Bemerkungen:

Auch wenn die Auskünfte der Parteien und Bewegungen nur stichpunktartig wiedergegeben wurden – die Möglichkeit, sie nach der Wahl beim Wort zu nehmen, ihre Taten an ihren Versprechungen zu messen, werden wir auch in der STÜTZE nutzen. Und deutlich wurden hier doch einige Probleme. So war auffallend, daß die Aussagen zur Realisierbarkeit immer unkonkreter wurden, je größer die erwartete Chance der Partei war, Verantwortung für die zukünftige Politik in diesem Lande

tragen zu müssen. (Zum Beispiel hielt sich die SPD in allen Diskussionen auffallend zurück.) Solche Unkonkretheit schien oft auch mit scheinbarer oder tatsächlicher Unwissenheit gepaart: über die Gesetzeslage in der BRD – die doch bei einem Anschluß nach § 23 des Grundgesetzes automatisch übernommen wird –, über das Spektrum behinderungsspezifischer Probleme, über die Bedürfnisse z. B. geistig Behinderter und ihrer Angehörigen. So besteht also ausreichend Bedarf, uns selbst immer wieder Gehör zu verschaffen.
Auch konnte sich keine der Parteien zu dem unpopulären Bekenntnis durchringen, daß ihr wirkungsbemühtes Bestätigen eines Rechts auf Arbeit ihrem gleichzeitigen Streben nach Marktwirtschaft widerspricht, in der dieses weder verfassungsmäßig fixierbar noch juristisch durchsetzbar ist. (Und warum ausgerechnet die kleine DDR in dieser globalen Erfahrung eine Ausnahme bilden soll – die Auskunft blieben uns die Parteienvertreter auch schuldig.) Ein peinlicher Volltreffer war in diesem Zusammenhang die Frage, wieviele Behinderte die Parteien denn selbst in ihren Büros angestellt haben, der nur wenig Überzeugendes als Antwort folgte. Und Empörung löste die Bemerkung des DSU-Vertreters (immerhin des stellvertretenden Berliner Landesvorsitzenden) aus, wonach seine Partei „gegen Abteibung und Euthanasie" sei. Was dies mit dem Recht auf Arbeit zutun habe, wie er zu dieser skandalösen und beängstigenden Verknüpfung komme und wieso er dieses Thema hier aufwerfe – dies fand keine Antwort.
Ein weiteres muß angemerkt werden: Unser Verständnis der Vertretung von Menschen mit Behinderungen ist ein umfassendes und keinesfalls auf körperliche Schädigung begrenztes. Alle, wie immer Betroffenen sitzen in ihren sozialpolitischen Bedürfnissen und Gefährdungen in einem Boot. Dennoch gibt es deutliche Konkurrenzen und Verständigungsschwierigkeiten mit den Vertretern des Blinden- und Sehschwachen bzw. Gehörlosen- und Schwerhörigenverbandes. Diese müßten schnellstens beseitigt werden. Denn für alle gilt die Bemerkung des rollstuhlfahrenden Liedermachers Sigi Maron aus Österreich: „Ich bin nicht behindert, ich werde behindert!"

Daniela Reinhold

Aus der Arbeit am Runden Tisch Berlin

Berichte und Beschlüsse zu Problemen Behinderter

„Im Interesse der Bürger, von Handlungsfähigkeit und Legitimität des Magistrats forderte Oberbürgermeister Hartenhauer den Runden Tisch auf, Stadträte mit und ohne Geschäftsbereich zu benennen. Das beträfe die Ressorts Kultur, Wohnungspolitik, Natur und Umwelt, Gleichstellung der Geschlechter. Kontroverse Diskussion darum . . . Kritik dann vom Behindertenverband zum Bericht des Magistrats: Die Ämter für Arbeit sind noch zu wenig auf Umschulung und Integration von Behinderten eingestellt. Und: für Behinderte benutzbare Telefonzellen fehlen gerade dort, wo viele Behinderte wohnen – Hellersdorf, Marzahn, Hohenschönhausen . . ."

(BZA vom 2. 3. 1990)

Das ist eine von vielen Zeitungsmeldungen, in denen unsere Belange und Bemühungen in letzter Zeit zunehmend wahrgenommen werden und konkret zur Sprache kommen. Ich halte das für einen großen Fortschritt.
Unser Auftreten am Runden Tisch hat mit dazu beigetragen, daß wir ernstzunehmende Partner aller Parteien und Gruppierungen geworden sind. Erstmals am 22. 2. 90 legte der Magistrat von Berlin einen längeren Bericht zu den Problemen Behinderter am Runden Tisch vor. Darin heißt es:

„In 40 Jahren hat die gesamte Gesellschaft der DDR die Probleme der Behinderten nur unzureichend gelöst. Aus dem Nationaleinkommen wurden für diese notwendige Aufgabenstellung zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt. Daraus resultiert vor allem eine ungenügende materiell-technische Basis. Das betrifft insbesondere:

- Auslieferung der Rollstühle wegen Personalmangel verzögert
- Wartezeit für E-Rollstuhlauslieferung 5 Monate
- ungenügende Qualität der Rollstühle aus DDR-Produktion
- Lieferzeit der Kinderrollstühle ca. 1 Jahr
- unzureichende Bedingungen für die Firma Behrend
- ungenügende räumliche Bedingungen für die Hörmittelzentrale in der Bersarinstraße.

Aber auch die nicht ausreichende Integration der Behinderten in die Gesellschaft hat die Probleme wachsen lassen. Das betrifft:

- Abbau baulicher Barrieren im Straßennetz und öffentlichen Nahverkehrsmitteln,
- die vorrangige Einrichtung von Fernsprechanschlüssen für Behinderte,
- Zugängigkeit von Naherholungsgebieten,
- ungenügende Bereitstellung von FDGB-Reisen für Behinderte,
- Zugängigkeit von Kultur- und Sporteinrichtungen,
- Integration körperbehinderter Kinder in Normalschulen.

Die ansteigende Arbeitslosigkeit hat zu der berechtigten Sorge geführt, daß die behinderten Bürger ihre Arbeitsplätze verlieren. Berufliche Rehabilitation ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Die Berufsbildungszentren im Gesundheitswesen bleiben bestehen. Mit den Magistratsbeschlüssen 479/89 und 50/90 wurden Maßnahmen zur verbesserten Betreuung der Behinderten festgelegt.
Bis zum Juni 1990 ist dem Magistrat eine neue Beschlußvorlage vorzulegen. Im Februar 1990 hat sich die gemeinsame Arbeitsgruppe Behindertenverband – Magistrat konstituiert, die mit der Erarbeitung dieser Vorlage beauftragt wurde. Über erste positive Ergebnisse kann berichtet werden:

- Bis zu einer zentralen Regelung werden dem Berliner Behindertenverband monatlich 8 000,- M zur Verfügung gestellt.
- Im Gebäude des Bezirksvorstandes des FDGB kann der Berliner Behindertenverband seit 19. 2. 1990 2 rollstuhlfahrerzugängige Räume als Dienststelle nutzen.
- 9 Bürger haben bereits eine Gewerbegenehmigung für privaten Behindertentransport erhalten, weitere Gewerbeanträge werden bearbeitet. Darüber hinaus hat der OB festgelegt, eine Magistratsvorlage einer Konzeption zum Behindertentransport zum 15. 3. 1990 vorzubereiten.
- In der 8. Oberschule Weißensee wird mit der Integration behinderter Kinder in eine Normalschule begonnen.

Der Termin für die Vorlage der Entwürfe des Schwerbehindertengesetzes (Rechte und Pflichten der Ämter für Arbeit, der Betriebe und der schwerbehinderten Bürger bei der Sicherung des Rechts auf Arbeit und ihrer sozialen Sicherstellung) ist mit dem 31. Dezember 1990 viel zu langfristig gewählt.
Mit dem Magistratsbeschluß 50/90 wurde deshalb festgelegt, daß ab sofort alle Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften verpflichtet sind, die Interessen der behinderten Bürger bei Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen zu berücksichtigen."
Desweiteren findet sich in diesem Bericht ein Auszug aus dem Ministerratsbeschluß 13/14/90 vom 8. 2. 1990 wieder:
„7. Zur Unterstützung der Schwerbehinderten bei der Sicherung des Rechts auf Arbeit wird festgelegt, daß alle Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften pro

17 Beschäftigte einen Schwerbehinderten beschäftigen müssen. Ausnahmeregelungen sind durch die jeweiligen Räte der Bezirke festzulegen.
Betriebe, die dieser Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht nachkommen, müssen für jeden nichtbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe in Höhe von 250,- Mark pro Monat an das für den Betrieb zuständige Amt für Arbeit abführen. Ausnahmen können in Abstimmung zwischen dem Betrieb, dem zuständigen örtlichen Rat und den Verbänden der Behinderten festgelegt werden. Die Ämter für Arbeit nutzen den daraus entstehenden finanziellen Fonds,

- um den Betrieben, die durch die Beschäftigung Schwerbehinderter entstehenden finanziellen Belastungen auszugleichen,
- für die Schaffung und Stützung von Betrieben, in denen überwiegend Schwerbehinderte tätig sind.

Schwerbehindert sind alle Personen mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50 %."
Auf die eingangs zitierte Forderung des Berliner Oberbürgermeisters möchte ich noch einmal zurückkommen. Der Berliner Behindertenverband hat dem Runden Tisch am 28. 2. 1990 eine Argumentation für die Bildung eines Ratsbereiches Soziales / Behindertenpolitik vorgelegt, in dem es heißt:
„Eine kurze Darstellung der Einordnung und der zur Zeit vorrangigsten Aufgaben eines Ratsbereiches Soziales in Bezug auf die Behindertenpolitik:

- Der Ratsbereich arbeitet unabhängig von anderen Ratsbereichen, er ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt und hat die sozialen Querschnittsaufgaben mit Befugnissen über den anderen Bereichen wahrzunehmen; vorerst, bis zur Übernahme aus dem Ratsbereich Gesundheitswesen und Rehabilitation, ohne eigene bürgerbezogene Fachaufgaben.
- Gemäß dem Grundsatz: 'Eine wirklich menschengerechte Gesellschaft kann nur eine behindertengerechte sein', ergeben sich für den Bereich Behindertenpolitik folgende Aufgaben:
- ständiger Einfluß auf die Politik des Magistrats,
- Durchsetzung der Mitsprache der Behindertenorganisationen,
- Anleitung und Kontrolle zur Durchführung und Einhaltung von Gesetzen und Beschlüssen im Interesse der Behinderten,
- Mitarbeit im Regionalausschuß, bei Verhandlungen mit dem Senat von Berlin-West."

Regina Reichert

Gedanken zur Kraft unseres Verbandes

Integration sollte bei uns selbst beginnen

Jetzt, wenige Wochen bevor wir einen starken Behindertenverband in der DDR offiziell gründen wollen, drängen einige Fragen seiner künftigen Struktur mit Macht in den Vordergrund. DIE STÜTZE veröffentlichte dazu bereits etliche Leserbriefe, darunter recht konträre Meinungsäußerungen. Im Alltag des sich bildenden Verbandes stoßen wir immer wieder auf ein Kardinalproblem: **Soll die thematische oder die behinderungsspezifische Arbeit im Vordergrund stehen?** Die Praxis zeigt, daß es nicht um ein Entweder/Oder geht. Am Ende werden stets Kombinationen beider Varianten angewandt. Das erscheint mir vollkommen normal. Dennoch ist es nicht unwichtig, welches künftig unser Hauptaspekt sein soll.
Rundheraus: ich plädiere für einen vorwiegend thematischen Aufbau unseres Verbandes. In meinen Augen sprechen dafür mehrere gewichtige Argumente:

Erstens wirken derartige Arbeitsgruppen (an der Basis und auch im Gesamtverband) von sich aus integrierend. So „ganz nebenbei" lernt man in ihnen die spezifischen Probleme anderer ein bißchen besser verstehen. Und zwar in der praktischen Arbeit am Detail! Das ist in meinem Verständnis ein wesentlicher Schritt zur Integration: gegenseitiges Kennenlernen, dem wechselseitigen Akzeptieren folgt, Achtung voreinander, gemeinsames Handeln, miteinander Leben. Was anderes soll Integration sein? **Wir können schwerlich von „der Gesellschaft" die Integration „der Behinderten" fordern, wenn wir schon untereinander uneins sind.** Warum also wollen wir schon von unserer Verbandsstruktur her einen gegen den anderen ausspielen, zum Beispiel Querschnittsgelähmte gegen geistig behinderte Menschen, Amputierte gegen MS-Kranke, psychisch Kranke gegen Spastiker? Ich meine, daß es an uns ist, zuerst die Gemeinsamkeit zu entdecken und diese als übergreifende Interessen nach außen hin zu vertreten.

Zweitens sind wir gezwungen, alle Argumente auch der andersbehinderten Gruppenmitglieder hinreichend zu berücksichtigen, wenn sich Menschen unterschiedlichster Schädigungsarten zu einem beliebigen Sachthema verständigen. Unter Umständen können sich ja die Ausgangsinteressen geradezu entgegenstehen. Als klassisches Beispiel läßt sich hierzu anführen, daß Rollstuhlfahrer sanfte, möglichst unmerkbare Übergänge vom Bürgersteig auf die Straße wünschen, während blinde Menschen mit ihrem Langstock die Kante als Markierung unbedingt brauchen. Nun, wenn man sich verständigt, finden sich Kompromisse, mit denen alle zufrieden sind.

Drittens sind die in solchen Gruppen erarbeiteten Standpunkte, Vorschläge, Konzeptionen usw. relativ leicht auf die Apparate der praktischen Politik übertragbar. Die Erfahrung des Berliner Behindertenverbandes belegt eindrucksvoll, daß Magistratsverantwortliche nahezu aller Fachressorts sehr rasch begriffen, mit welcher **Sachkompetenz** ihnen von Mitgliedern unserer Arbeitskreise konkrete Politikangebote unterbreitet werden. Selbst auf Regierungsebene liegen bereits derartige Erfahrungen vor. Wir werden dort ernst genommen, weil wir wirklich etwas zu sagen haben! Denn die Arbeitsgruppen vertreten tatsächlich die (sozial)politikrelevanten Aspekte aller (oder von Fall zu Fall zumindest vieler) Menschen mit Behinderung und nicht enge Gruppeninteressen.

Aber natürlich wollen wir die behinderungsspezifischen Aspekte nicht geringschätzen. Es wäre töricht, sie zu ignorieren. Vor allem in unserer Arbeit nach innen gewinnen sie an Bedeutung. Denn selbstverständlich zeigen sich im Detail sehr große Unterschiede in den konkreten Erfordernissen und Bedürfnissen von Menschen mit verschiedenen Behinderungen.

Deshalb freue ich mich über das Entstehen von Selbsthilfegruppen, Vereinigungen und ähnlichem. Sie sind Ausdruck unserer Basisorientiertheit. Wo derartiges gebraucht wird, finden sich Aktivisten, die es schaffen. So nutzte ich beispielsweise gern die Gelegenheit, am 3. 3. 1990 den Delegierten zur Gründung einer DDR-weiten Multiple-Sklerose-Vereinigung herzliche Grüße und die Einladung zur Mitarbeit in unserem (Dach)Verband zu überbringen. Mit der Vereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen – Berlin (DDR) funktioniert die Zusammenarbeit gut.

Ich denke mir, daß der Verband, wenn er dereinst in voller Blüte steht, so etwas wie ein **zweikammriges „Parlament"** haben könnte. Warum sollte es neben dem **gewählten Vorstand,** der aus einzelnen Mitgliedern gebildet wird, die das Vertrauen des Delegiertenkongresses gewannen, nicht einen **„Rat der Vorsitzenden"** geben, in dem die einzelnen Vereinigungen ihre Interessen wahrnehmen? Noch hat es ein wenig Zeit, bis sich solche Strukturen bilden. Aber nachdenken müssen wir jetzt darüber! Intensiv. Überall. Ich lade jeden ein, seine Meinung dazu öffentlich zu äußern. Sei es in der STÜTZE, sei es als Delegierter auf dem Gründungskongreß.

Wenn unser Verband stark sein soll, muß er effektiv arbeiten. Dazu brauchen wir Vorschläge, Erfahrungen, Ideen! Integration muß bei uns selbst beginnen. Das hat viel mit Demokratie zu tun.

Ilja Seifert

Zum Beispiel Krankentransport

Wenn ein Schwerstbehinderter „normal" krank ist . . .

Schwerstbehinderte Patienten werden in der Regel per Hausbesuch ärztlich betreut, um ihnen lange, beschwerliche Wege und Wartezeiten zu ersparen. Das ist gut so, hat sich bewährt.
Aber auch ein Geschädigter wird „normal" krank. Bei akuten Sachen – etwa Nierenkolik – kommt die DMH, doch das ist Notversorgung mit der Überweisung „ad. beh. Arzt". Wie dort hinkommen? Mit dem Krankentransport.
Oder der Hausarzt verordnet Spezialuntersuchungen, die nur in der Poliklinik erfolgen können: Labor, Röntgen von Lunge, Wirbelsäule, Galle, Nieren, EKG usw. Wie dort hinkommen? Mit dem Krankentransport.
Oder eine neue Brille ist fällig. Glaukom-Patienten müssen vorher zum Facharzt. Der Optiker darf das nicht erledigen. Physiotherapeutische Behandlungen sind verordnet. Wie dort hinkommen? Siehe oben . . .

Erfahrungen

– Über lange Zeit unterwegs, bis zu 4 oder 5 Stunden.
– Der Arzt hat vergessen, auf dem Transportschein zu vermerken: Mit Begleiter. Unterschiedliche Erfahrungen mit den Kollegen vom Transport: Geht nicht; Sie haben Glück, es ist noch Platz; da müssen Sie eben hinterherkommen – mit dem Bus, mit der U-Bahn . . .
– Arzttermin 11.00 Uhr (vorher fängt die Sprechstunde an dem Tag nicht an), um 7.00 Uhr steht der Krankenwagen vor der Tür. Noch einmal kommen sei nicht möglich. Also Taxe bestellen, die wird aber von der SV nicht bezahlt.
– Der Einstieg in den Barkas ist Artistik, für einen Schwerstbehinderten eine Zumutung wegen der fehlenden herausklappbaren Stufe.
– Heraustragen aus der Wohnung, die Treppe hinunter ist keine Selbstverständlichkeit bei den meisten Mitarbeitern, falls sie außer dem Rollstuhl auch noch Gehstützen entdecken.
– Der Begleitperson geht in der Regel fast ein ganzer Arbeitstag verloren.

Wünsche

– Bessere zeitliche Koordinierung, schnellere Abfertigung, keine „Sammeltransporte"
– Sondervermerk auf dem Transportschein: „Schwerstbehinderter mit Begleiter (Stufe IV)" durch den einweisenden Arzt, also zwei Personen.
– Entsprechende Schulung der Mitarbeiter des Krankentransports, falls der Vermerk vom Arzt fehlt: Ausweis müßte genügen.
– Nachrüstung der Barkas-Wagen mit Stufe bzw. nach und nach Einsatz von VW-Fahrzeugen für Behindertentransporte.
– Mehr Verständnis für die speziellen zusätzlichen Probleme von schwerstbehinderten Patienten (besonders älteren) bei allen Mitarbeitern des Gesundheitswesens.

Martha Bogdanski

PS: Wir haben auch schon viele hilfsbereite Fahrer, Pfleger, Schwestern und MTA kennengelernt. Ihnen sei hiermit ausdrücklich gedankt.

AG Rehabilitationstechnik

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Problematik der Rehabilitationstechnik. Rehabilitationstechnik umfaßt technische Hilfsmittel, Geräte, Gerätesysteme und Einrichtungen, Implantate und Nachbildungen von Körperteilen, welche mit dem Ziel eingesetzt werden, durch funktionelle Unterstützung und Ersatz, Ersatzfunktion sowie ästhetische Funktion am Rehabilitanden und in seiner Umgebung die Schädigung zu kompensieren, die Auswirkungen der Behinderung zu verringern und Voraussetzungen zu schaffen, ohne Beeinträchtigung zu leben.
Dieses schließt auch Aspekte der Arbeitsplatzgestaltung mit ein. Weiterhin soll die Herstellung von rehabilitationsförderndem Spielzeug für geschädigte Kinder vorangetrieben werden.
Arbeitsinhalt:

1. **Information und Dokumentation**
- Ist-Zustandsanalyse der Reha-Technik in der DDR
- Ist-Zustandsanalyse Produktionskapazitäten und Profil der Hersteller für Rehatechnik
- Ist-Zustandsanalyse der Reha-Technik in ausgewählten anderen Ländern
- Ist-Zustandsanalyse der Hilfsmittel für die Arbeitsplatzgestaltung von Geschädigten
- Ist-Zustandsanalyse von Spielzeug für geschädigte Kinder
- Anregung zur Publikation der in der DDR erhältlichen Reha-Technik
- Erarbeitung von Informationsblättern

2. **Beratung und Ausstellungen**
- Anregung und Organisation von Ausstellungen
- Forderung nach Bezirksverkaufsstellen für Reha-Technik (Herstellertagung Reha-Technik)

3. **Bedarfsermittlung**
- Forderungsprogramm für Reha-Technik
- Brief an IFA zur Problematik Behinderten-Pkw und Duo-Nachfolger

4. **Testung**
- Testung von Reha-Technik (u. a. E-Rolli ES 20)
- Anregung zur Koordinierung beim Umbau von Behindertentaxis

5. **Wissenschaftliche Untersuchungen**
- Studie zur Problematik Institut für Reha-Technik (Reha-Klinik Berlin-Buch, OTB, Techn. Hochschule Ilmenau)
- Studie zum Problem Entwicklung, Bedarfsermittlung und Herstellung von Reha-Technik

Wir sind interessiert, Ihre Probleme kennenzulernen und warten auf Ihre Anfragen sowie Ihre Ideen.

Horst Rosenberger
Karl-Maron-Str. 4/2.3
Berlin 1140
Tel.: 5 41 37 41 (p), 5 89 18 75 (d)

AG Rechtsfragen

Die Arbeitsgruppe „Rechtsfragen" hat vorläufige Vorstellungen als Positions- und Aktionspapier entwickelt:

1. Ermitteln der gegenwärtigen Rechtslage der Behinderten in allen gesellschaftlichen Bereichen mit Hilfe wissenschaftlich begründeter Analysen.

2. Daraus ableitend Entwicklung von Vorstellungen, wie die gesamte Gesetzgebung in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen aller Ebenen und gesellschaftlichen Organisationen neu zu er- bzw. zu überarbeiten ist unter dem Aspekt des Behinderten als integrierter Persönlichkeit in Staat und Gesellschaft.
Da die bisherige Stellung des Behinderten in der Gesellschaft vorwiegend nach ökonomischen Kriterien gemessen wurde, also nach seiner Leistungsfähigkeit, soll der Behinderte mit Hilfe des zu kodifizierenden Rechts sich als Persönlichkeit begreifen können, auch wenn er leistungsgemindert ist.

3. Durch Schulung, Aufklärung, Erziehung und Verhaltenstraining in geeigneter Form behindertenspezifisch den Behinderten zu befähigen und ihm zu ermöglichen, autonom und gleichberechtigt am Rechtsalltag teilzunehmen. Ist ihm die Teilnahme aufgrund seiner Behinderung nicht möglich, sind optimal geeignete Interessenvertretungen zu schaffen.

4. Aufbau einer auf die einzelne Behinderung zugeschnittenen rechtsspezifischen Betreuung, die einen optimalen Rechtsschutz garantiert.

5. Aufbau von Mitwirkungsformen in Volksvertretungen und staatlichen Institutionen im Interesse der Behinderten.

6. Als kurzfristige Maßnahme geht es der Arbeitsgruppe vor allem um die Schaffung eines handlungsfähigen Interessenverbandes für Behinderte, der als juristische Person gegenüber allen anderen Rechtssubjekten tätig werden kann.
Wir möchten Ihre Erfahrungen mit Rechtsfragen kennenlernen.
Schreiben Sie uns! Für die Realisierung unserer Vorhaben wünschen wir uns viele Mitarbeiter.

Jörg-Michael Schulze
P.-König-Str. 26, Berlin 1092
Tel.: 3 76 68 94 (p), 5 57 83 06 (d)

(Anm. d. Red.: Die Positionen der Arbeitsgruppen „Menschenwürdiges Wohnen", „Arbeit für alle", „Bildung für alle", „Reisen; Erholung", „Bauwesen und Verkehr", „Öffentlichkeitsarbeit" sowie des Medizinischen Beirats veröffentlichten wir bereits in der STÜTZE 2/90.)

Infos / Meldungen

Das DRK Berlin bietet für den Zeitraum 15. 8. – 26. 8. 1990 einige Plätze im zentralen Ferienlager „Kalinin" am Frauensee für männliche und weibliche Rollstuhlfahrer im Alter von 18 bis 25 Jahren an. Altersgerechte Betreuer für die Rollstuhlfahrer stellt das Deutsche Rote Kreuz. Die Unterbringung erfolgt in festen Bauwerken. Es ist eine Gebühr von 12,- Mark zu entrichten. Der Transport erfolgt in einem Fahrzeug B 1000.
Meldungen bitte sofort an: Frau Jarwetzki, DRK Berlin, Tel.: 2 20 21 61.

★

Die Freizeitstätte Archenholdstr. 102 meldet erste freundschaftliche Beziehungen zur Freizeitstätte der Fürst Donnersmark-Stiftung in Zehlendorf. Rollstuhlfahrer und Körperbehinderte aus den Bezirken Zehlendorf und Lichtenberg trafen sich im Februar im Klub Archenholdstr. zu einem geselligen Zusammensein. Es bleibt nicht das letzte: Schon im nächsten Monat erfolgt ein Gegenbesuch! Geplant sind weitere gemeinsame Stunden sowie Weiterbildungen und Fahrten in Ost und West.
Auch für geistig behinderte Jugendliche öffnen sich Freizeitstätten in Westberlin. Jugendliche aus Klubs sind zum Fasching nach Neukölln eingeladen. Gegenseitige Veranstaltungen sowie die gemeinsame Organisation eines Sportfestes sind geplant. Der Klub Archenholdstr. 102 bietet allen Behinderten auch weiterhin Zirkel und Veranstaltungen an (Tel.: 5 25 21 23).

Am 25. 1. 1990 gründete sich der Klub der Rollstuhlfahrer und Schwerstgehbehinderten Pasewalk. Er wird von Ursula Muske (Hospitalstr. 6, Pasewalk, 2100, Telefon: 26 90) geleitet. Eine weitere Kontaktadresse ist: Annegret Wittkopf, Dorfstr. 21, Plöwen, 2101, Tel. Löcknitz 6 57).

★

Ab sofort nimmt das Keramikatelier in der Frankfurter Allee 203, Leiter: Herr Dahne, Anmeldungen von Behinderten aller Art für Keramikzirkel entgegen (Tel.: 5 59 77 94).

★

Die Behinderten-Liga Berlin-West sowie andere Vereine und Selbsthilfegruppen arbeiten an einem Modellprojekt Kant-/Neue Kantstraße. Ziel des Vorhabens ist es, diese innerstädtische Hauptstraße vom Zoo bis zum ICC beispielhaft begeh-, befahr- und individuell erlebbar umzugestalten. Einbezogen werden in die Umgestaltung zum barrierefreien Verkehrs- und Lebensraum sollen Straßen, Wege, Plätze, öffentliche Gebäude, der öffentliche Personennahverkehr, der Wohn- sowie der privatwirtschaftlich organisierte Geschäfts- und Arbeitsbereich. Wer an diesem Projekt mitarbeiten will, kann sich bei Ulli Wiebusch (Tel.: Berlin-West 3 25 54 46 / 62) oder Horst Etter (Tel.: Berlin-West 6 63 29 25) melden bzw. im BSZ Aktivitäten-Laden, Trendelenburgstr. 12, 1000 Berlin 19.

★

Das Kulturhaus Berlin-Rummelsburg (ehemals Grenztruppen), Hauptstr. 7, bietet große und kleinere Räume für Behindertengruppen aller Art an. Vorhanden sind ein großer Saal mit Kino für 200 Personen. Nähere Auskunft gibt Kulturhausleiter Knoblauch (Tel.: 5 58 83 94).

★

Die Abteilung Bildinformation des Verlags Junge Welt (PSF 43, Berlin 1026) bittet auch uns um umfassende und aktuelle Informationen über Initiativen, Aktivitäten und Veranstaltungen zum Kinder- und Jugendleben. Hinweise über Veranstaltungen, zu denen die Abteilung Bildinformation auch Fotografen schicken will, können telefonisch unter 2 23 33 36 oder 2 23 33 37 gegeben werden.

★

Als Kontaktpartner des Behindertenverbandes hat sich der Landesverband Berlin des Reichsbundes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen angeboten. Sein Arbeitsschwerpunkt sind die Rehabilitations- und Rechtsberatung sowie Vertretung vor Sozial- und Verwaltungsgerichten und die Interessenwahrnehmung für Behinderte gegenüber der Politik und der Verwaltung.

★

Der Behindertentransport in Berlin, bisher kaum in der Öffentlichkeit bekannt, leidet unter akutem Mangel an Übungsleitern. Viele Behinderte haben somit keine Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen, existierende Sportgruppen sind in ihrem Bestand gefährdet. Die Arbeitsgruppe Sport des Berliner Behindertenverbandes organisiert demnächst entsprechende Übungsleiterlehrgänge. Interessierte Sportler bitten wir, sich unter folgender Adresse zur Kontaktaufnahme zu melden: BSG Rehabilitation Berlin, PF 621, Berlin 1026.

★

Die Behindertensportgemeinschaft für geistig behinderte Menschen mit Sektionen für Allgemeinen Sport, Bewegungstherapie und Schwimmen ist zu erreichen unter: BSG Rehabilitation Berlin, PF 621, Berlin 1026, oder telefonisch unter der Nummer 2 79 38 29 (Matthias Petersdorf).

Im Jugendclub Leipziger Str. 55 (Check point 0), Berlin 1080, findet jeden 1. Mittwoch im Monat von 17 bis 21 Uhr ein Treff für Rehabilitanden (vor allem geistig behinderte Menschen) mit Zirkel und Programmangebot statt.

★

Für ein Sportfest von geistig behinderten Jugendlichen benötigt die BSG Rehabilitation Berlin vom 31. 8. – 2. 9. 1990 Übernachtungsplätze für Gäste aus der DDR. Angebote telefonisch an Matthias Petersdorf (2 79 38 29).

★

Im Januar wurde eine Interessengruppe Herztransplantierte in der DDR gegründet. Betroffene und Interessierte wollen unter Mitwirkung führender Mediziner Erfahrungen und Informationen austauschen.
Kontakt: Holger Raßbach, Hermann-Matern-Str. 25, Schwarzenberg 9430, Tel. 32 97; Uwe Taistra, Mittelstr. 15, Eisenhüttenstadt 1220, Tel. 24 18.

★

Eine Initiativgruppe zur Bildung eines Bundes der Allergiker und Asthmatiker der DDR hat sich in Berlin konstituiert. Kontakt: Henryk Lang, Schneeglöckchenstr. 8, Berlin 1055.

★

Am 3. März bildete sich eine DDR-weite Multiple-Sklerose-Vereinigung. Wir wünschen ihr viel Erfolg und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit. Ihre Geschäftsstelle wird in unsere ehemaligen Räume in der Invalidenstr. 120, Berlin 1040 einziehen (Tel.: 2 80 51 91, App. 41).

★

Der Jugendclub Buch IV, Wolfgang-Heinz-Str. 45, lädt jeden 1. und 3. Donnerstag zu einem Kommunikationsabend mit Kulturprogramm, Gesprächen und Musik ein. (jeweils 18.00 bis 22.00 Uhr)

★

„Hallo!" – Freundliche Kontaktvermittlung für alle, besonders für Junggebliebene, Mollys & Dickys, Behinderte, Außergewöhnliche unter PSF 119, Berlin 1136.

★

Innere Mission und Hilfswerk der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg – Körperbehindertenfürsorge – haben ab sofort eine neue Telefonnummer: 4 47 50.

★

Ein Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen e. V. gründete sich in Leipzig. Er setzt sich das Ziel, in der Messestadt sozialtherapeutische Einrichtungen zur Rehabilitation psychisch Erkrankter aufzubauen. Das angestrebte DDR-Modell hat den Titel "PROJEKT. Gemeindenahes Wohnen – Arbeiten – Freizeit". Kontaktadressen: Bettina Jacobi, Brandvorwerkstr. 89, Leipzig 7030 und Georg Pohl, Dimpfelstr. 61, Leipzig 7024.

Post an uns

Schon „die Luft 'raus?"

Im Januar lösten wir unseren Rolli-Club auf und gründeten den provisorischen Behindertenverband Ueckermünde. Eine unserer ersten Initiativen ist ein 32-Punkte-Plan. Wir hielten es für nötig, mal aufzulisten, wo es überall mangelt und welche Barrieren sich vor uns auftürmen. Dieses Schreiben sandten wir in die verschiedensten Gremien (Rat der Stadt, des Kreises, des Bezirkes, bis zur Regierung). Auch die Parteien auf allen Ebenen erhielten so ein Exemplar. Die ersten Antworten sind eingegangen. Man sichert uns eine zügige Bearbeitung zu. Über die Verwirklichung einzelner Punkte erhalten wir Zwischenbescheide. Dieser Punkteplan soll nur eines unserer Vorhaben sein. Gegenwärtig sind wir dabei, Kontakt zu anderen Gruppen

herzustellen. Mit dem Kreis Rügen ist das bereits geschehen.
Viel versprechen wir uns von der Berliner Initiativgruppe, weil doch gerade dort viele Fäden zusammenlaufen. Ja, und dieses Schreiben möchte ich als Kontaktaufnahme verstanden wissen. Irgendwie ist bei uns jetzt ein wenig die Luft 'raus. Wir debattieren viel, wie es weitergehen soll. Über viele verwinkelte Kanäle bekamen wir DIE STÜTZE in die Hand. Endlich, kann man da nur sagen! Wäre es möglich, unserer Gruppe jeweils 15 Exemplare des Journals zur Verfügung zu stellen?
Unsere Kontaktadresse: Lothar Tietz & Marlen Deutsch, Straße der Befreier 51, Ueckermünde – 2120.

Michael Meinke
Ueckermünde

Behindertengerechte Bauprojektierung

Lieber Ilja! Schön, daß mit der STÜTZE ein redaktioneller Anfang auf unserem Territorium da ist. Bis auf Dein persönliches Bekenntnis ist die mir vorliegende Nr. 1 von meinem Bekanntenkreis auch positiv aufgenommen worden.
Für die weitere Arbeit nur ein paar Anregungen:

- Wenn die Reaktionen auf einen Artikel da sind, der am 16. 2. in unserer Kreiszeitung erschien, möchte ich mich betreffs Verbandsarbeit hilfesuchend zwecks Anleitung an Dich wenden.
- Bei den gesamtdeutschen Bestrebungen denke ich an zwei einzubringende Grundsätze: 1. Grundrente auch für Geschädigte, die sich keinen Rentenanspruch durch Arbeit verdienen konnten. 2. Unbegrenzter Zuverdienst für Sonderpflegegeldempfänger.
- Mein Hilfsangebot an den Verband in Berlin ist nicht richtig angekommen, deshalb eine Wiederholung: Ich biete mich für die behindertengerechte Projektierung der Wohn- und Umwelt auf zentraler Ebene an, da ich als Bauingenieur im Rollstuhl mehr Einfühlungsvermögen als manch anderer mitbringe.

Hans-Friedrich Härter
Templin

(Anm. von I. S.: Wenn jemand meine politische Meinung nicht teilt, habe ich dafür Verständnis. Trotzdem sollte jeder die seine äußern dürfen. Für wirklich wichtig erachte ich, daß wir im Verband unvoreingenommen zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang geht mir der Ruf nach „Anleitung" aus Berlin schon zu weit. Natürlich freue ich mich, wenn sich jemand vertrauensvoll an mich persönlich wendet. Dennoch verstehe ich das als Zuschrift an den Verband. Das Volk der DDR erkämpfte doch die Freiheit gerade darum, weil es allerorten selbst bestimmen wollte! Wir in Berlin tun das, was uns unter unseren Bedingungen optimal erscheint. Diese Erfahrungen stellen wir der Öffentlichkeit als Angebote zur Verfügung. Ob und wie sie genutzt werden, liegt an den örtlichen Gegebenheiten.)

Ein guter Vorschlag

Schon sehr lange beschäftige ich mich mit dem Leben Behinderter. Erst waren es „nur" Bücher und dann das Studium für Hifsschullehrer in Rostock. In dieser Zeit hatte ich sehr enge Kontakte zu einer Fördereinrichtung für geistig behinderte Kinder und habe dort die sogenannte „Integration" von Behinderten in unserer Gesellschaft kennengelernt und auch schmerzhaft erlebt. Auch in der heutigen Arbeit mit Hilfsschülern stehe ich noch desöfteren vor diesen Problemen.
Mit großem Interesse habe ich daher die Aktivitäten verfolgt und zum Teil erlebt, die von Ihnen zur Gründung eines Behindertenverbandes ausgehen. Sehr richtig finde ich, daß in diesem Verband Behinderte die Inhalte, Tätigkeiten usw. bestimmen. Gleichzeitig hat mir der Vorschlag zur Gründung eines „Freundeskreises Be-

hinderter" auf der Versammlung am 13. 1. 1990 gut gefallen. Hier würde ich gern, falls dieser Vorschlag angenommen wird, meine Hilfe anbieten und mitarbeiten. Aktivitäten, die ich mir in diesem Bereich vorstellen könnte, wären z. B. Unterstützung von Eltern, wie in der ersten Ausgabe der „Stütze" im Beitrag „Dani" angeregt, Kontakte zu Behinderten, die alleinstehend sind oder in Heimen wohnen müssen (gemeinsame Freizeitunternehmungen, Hilfe beim Einkauf, in der Wohnung usw.), Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung von Kinderferienlager u. ä,

Kathleen Letzin
Berlin

Gedanken zum Gründungsaufruf

a) welche **Struktur** soll der Verband haben:
1. fachlich: gegliedert nach Diagnosegruppen. . .
2. territorial: gegliedert nach Bezirken (Ländern), Kreisen . . .
b) zu **Grundsätzen**: unabhängig von Konfessionen, Parteien usw.
c) zur **Finanzierung**: 1. Mitgliedsbeiträge
2. Zuschüsse von den staatlichen Organen
d) zu den Arbeitsgruppen: Ärztliche Beratung, Rechtsfragen, Bauwesen – Verkehr – Post, Rehabilitationstechnik, Arbeit und Bildung, Erholung – Kultur – Sport, Landeskultur bzw. Ökologie, Öffentlichkeitsarbeit bzw. AG Medien, Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mitglied sollten alle Behinderte sowie Interessierte, Angehörige, Freunde werden können. Personen, die in spezifischen Verbänden organisiert sind, sollten mit Beitritt sogleich Mitglied des Verbandes sein.

Weiterhin meine ich, daß die Bildung eines Verbandes MS-Erkrankter dringend erforderlich ist. Selbst bin ich bereit und willens, in meiner Stadt und meinem Kreis Bützow daran mitzuarbeiten, den Mecklenburger Verband Multiple-Sklerose Erkrankter (MVMSE) ins Leben zu rufen. Das kann ich nicht alleine bewältigen.

Ich bin bereit, meine Adresse als Kontaktadresse für Interessierte im Kreis Bützow und angrenzende Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Hans Beck
Leninplatz 5
Bützow, 2620

Vorschläge für ein verändertes Arbeitsgesetz

Freistellung von Familienangehörigen laut AGB:

– Familienangehörige, die in der Wohnung des zu Pflegenden bzw. im eigenen Haushalt einen Angehörigen pflegen, sind laut ärztlichem Attest von der Arbeit freizustellen. Der Arzt und die örtliche Sozialkommission legen die täglichen Pflegestunden fest, die dann zur Arbeitsfreistellung führen.

– Die Familienangehörigen legen selbst fest, wer die Freistellung in Anspruch nimmt. Jeder Werktätige, der pflegt, ist als „Hauswirtschaftspfleger" im Buch der SV einzutragen. Er erhält für die festgelegten Pflegestunden einen von der SV festzustellenden Stundenlohn. 1. und 2. Arbeitsverhältnis für die Pflegestufe I und II muß möglich sein und ist mit dem Betrieb zu vereinbaren.

– Familienangehörige (alle Erbberechtigten), die wegen einer häuslichen Pflege keine andere Arbeit aufnehmen können, erhalten die Berufsbezeichnung „Hauswirtschaftspfleger" im SV-Ausweis eingetragen. Sie erhalten Lohn, Urlaub, Haustag usw. laut Rahmenkollektivvertrag wie jeder andere Berufstätige. Sie nehmen ihr Arbeitsverhältnis bei der Volkssolidarität auf, wo sie in einem Kollektiv – Brigade der Hauswirtschaftspflege – aufgenommen werden. Über die Brigade erhalten die Betreuer als Werktätige und die betreute Person weitere Unterstützung.

Ich komme zu dieser Auffassung und schlage diese Version vor, weil u. a. in der „Tribüne" vom 10. 1. 1990, S. 2 in fälschlicher Weise von im Haushalt lebenden Fa-

milienangehörigen und nur von der Pflege bei den Pflegestufen III und IV sowie der Sonderpflegestufe ausgegangen wird. Ich bin der Meinung, daß diese meine Anregungen bald zu realisieren sind, ohne daß das AGB insgesamt geändert bzw. überarbeitet werden muß.

Harry Hildebrandt
Cottbus

Keine Mietpreiserhöhung für ein zusätzliches Zimmer

Immer häufiger mehren sich in der Presse Leserbriefstimmen, die bereits dann schon eine drastische Mietpreiserhöhung fordern, wenn lediglich ein Zimmer mehr bewohnt wird als Personen im Haushalt vorhanden sind. In diesem Zusammenhang sollten der Blinden- und Sehschwachenverband gemeinsam mit dem entstandenen Behindertenverband die Regierung und die Volkskammer sowie auch alle Parteien und die Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß zumindest für bestimmte Geschädigtengruppen die Bereitstellung von einem zusätzlichen Zimmer zur Erlangung bzw. Erhaltung eines hohen Maßes an Selbständigkeit und Unabhängigkeit als wesentlichstes Ziel der Rehabilitation erforderlich ist.
Für Familien mit entsprechend behinderten Angehörigen bzw. für allein lebende Behinderte muß dieses zusätzliche Zimmer ohne (!) Mietpreiserhöhung akzeptierbar sein, um Rehabilitation und Integration und damit wenigstens eine Chancengleichheit zu gewährleisten. Ansonsten würden Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit bzw. Grundsatzüberlegungen zu einer Solidargemeinschaft eindeutig verletzt. Dieses eine zusätzliche Zimmer darf nicht vom Geldbeutel des Behinderten bzw. seiner Angehörigen abhängig gemacht werden. An dieser Stelle hat eine Gemeinschaft, die sich als solidarisch verstehen will, den objektiven Bedarf des Behinderten zu subventionieren aus Sozialfonds des Staates. Hierfür sollten sich auch etablierte und die neuen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen bzw. Vereinigungen gleichermaßen engagieren. Die zur Zeit erfolgenden gesellschaftlichen Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken des behinderten Teils unserer Gesellschaft ausgetragen werden.

Dr. Ruhtenberg
Berlin

„Wahlkampf ist alles"

Die Feststellung Herrn Seiferts in der Wochenpost 1/90 ist nur zu wahr: „Die Parteien (. . .) reißen sich geradezu um uns". Jeder erkennt plötzlich die Lücke in unserer Gesellschaft und jeder beteuert, sie mit schließen helfen zu wollen. Doch in der Praxis stagniert jetzt jede Mitarbeit, die von uns eingebracht wurde und nun endlich zum Tragen kommen sollte. Wirklich interessiert scheint zur Zeit an Zusammenarbeit und konkreten Taten keiner zu sein, denn „Wahlkampf ist alles".

Erika Urner
Erfurt

(Frau Urner belegt ihre Aussage mit der Schilderung konkreter Mißstände, die entweder DDR-weit oder speziell in Erfurt herrschen. Aus Platzgründen können wir leider nicht die lange Bestandsaufnahme der Probleme veröffentlichen, die sich u. a. daraus ergeben, daß ein volljähriger Behinderter, der sich nicht selbst versorgen kann, entweder nur zu Hause gepflegt werden oder in ein Pflegeheim abgeschoben werden kann. Fazit: In Zukunft können und dürfen das nicht die einzigen Betreuungs- und Wohnvarianten bleiben, wenn eine wahrhafte Integration der Behinderten angestrebt werden soll.

Marion Schulzke

Vom Bedauern von Fehlern zu Taten

Ich teile die Befürchtungen, die Sie und weitere Vertreter behinderter Bürger in der DDR in jüngster Zeit hinsichtlich einer wachsenden Gefahr sozialer Ausgren-

zung Behinderter in unserem Land geäußert haben. In Gesprächen, die ich als Abgeordneter der Stadtbezirksversammlung von Berlin-Lichtenberg hatte, bemerkte ich bei meinen Gesprächspartnern ebenfalls solche Ängste.
Mir ist erst in den letzten Monaten bewußt geworden, in welchem Maße meine Partei, die frühere SED, auf dem Gebiet der Betreuung und Integration der Behinderten und der Eltern behinderter Kinder versagt hat. Ich möchte Ihnen versichern, daß ich diese Fehler als langjähriges Mitglied dieser Partei sehr bedauere. Zugleich versichere ich Ihnen, daß ich künftig meine ganzen Möglichkeiten als Mitglied der PDS einsetzen werde, damit meine Partei ihre Möglichkeiten, die ihr in der zu erwartenden politischen Opposition verbleiben, dafür nutzt, die Interessen auch der Behinderten aktiv zu vertreten. Ich halte es für außerordentlich wichtig, einen Sozialabbau und damit auch eine geistig-kulturelle Ausgrenzung zu verhindern.
Außerdem kann ich Ihnen versichern, daß ich für den Fall, daß ich erneut in die Stadtbezirksversammlung von Berlin-Lichtenberg gewählt werde, darauf dringen werde, daß alle kommunalen Möglichkeiten zur Sicherung der Lage der Behinderten genutzt werden. Außerdem werde ich mich in meinem Wohnbezirk, vor allem im Bürgerkomitee, für die Belange der Behinderten und der Eltern behinderter Kinder einsetzen.

Peter Müller
Berlin

Ein Angebot

Seit 18 Jahren arbeite ich im Landmaschinenbau im Kundendienst und bin oft im Ausland tätig. Im westlichen Ausland habe ich festgestellt, daß Spezialfahrzeuge (Kleintransporter) Behinderte befördern. In unserem Land konnte ich da keinen Vergleich finden.
Am 9. November, also zur Öffnung der Grenzen, habe ich beim zuständigen Rat des Bezirkes Dresden einen Antrag auf Gewerbegenehmigung zur Beförderung von behinderten Menschen, Rehabilitanden und älteren Menschen gestellt. Dafür habe ich einen Kleintransporter vorgesehen, mit dem auch Rollstühle transportiert werden können. Meine Anfrage an den Verband: Ist ein Bedarf in dieser Richtung vorhanden?

Gerd Winter
Lommatzsch

Werter Herr Winter!

Wir beantworten Ihren Brief heute öffentlich, da schon mehrere solcher Angebote an uns herangetragen wurden. Selbstverständlich brauchen wir dringend in unserem Land Beförderungsmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer – die Situation ist hier katastrophal. Aber wer soll das bezahlen – wer hat so viel Geld? Die Rollstuhlfahrer u. a. Gehbehinderte, die meist nur ein bißchen Rente beziehen, sicher nicht.
Einziger Ausweg aus dem Dilemma kann nur sein, daß der Staat ausreichend Zuschüsse zahlt. Denn schließlich sind Rollstuhlfahrer auf solche Transportmöglichkeiten angewiesen wie die Durchschnittsbürger auf die normalen öffentlichen Verkehrsmittel. Also sollten die Tarife des üblichen Nahverkehrs mit denen von Behindertentaxis gekoppelt werden.
Wer als Gewerbetreibender auf eine schnelle (D-)Mark aus ist, kommt momentan mit diesem Job noch nicht dazu. Wer aber ernsthaft an einer Hilfe für Behinderte interessiert ist, kann jederzeit mit unserer Unterstützung rechnen (siehe auch STÜTZE 2/90, S. 7).

Mit besten Grüßen
Marion Schulzke

Kontaktadressen

- Körperbehindertenkreis / Regionalgruppe Pasewalk und MS-Basisgruppe Pasewalk: Hermann Ruthenberg, Rosa-Luxemburg-Str. 1, Pasewalk 2100
- Seniorenschutzbund „Graue Panther" Berlin: Hans-Joachim Kühnbaum, Mendelstr. 32, Berlin 1100
- Seniorenschutzbund „Graue Panther" der DDR: Albert-Klink-Str. 20, Potsdam 1560
- Initiativgruppe Bund Deutscher Rentner: postlagernd, Berlin 1020
- Interessengemeinschaft Kriegsversehrter: Günter Kindling, Dietrich-Bonhöffer-Str. 15, Berlin 1055, Tel.: 4 36 65 40
- Arbeitsgruppe „Betreuung im Alter" des Verbandes der Veteranen: Wolfgang Theuerkauf, PSF 228, Berlin 1142
- MC „Duo" (auch Pkw) – Reisen, Touristik: Gerhard Schulz, Leopoldstr. 25, Berlin 1134, Tel.: 2 46 24 59 (d)

x x x nach Redaktionsschluß x x x nach Redaktionsschluß x x x nach Redaktio

vom 12. (Anreisetag) **bis 14. April** findet im Berliner Pionierpalast der **Gründungskongreß des republikweiten Behindertenverbandes** statt. An ihm nehmen aus jedem Kreis 2 Delegierte und, wenn nötig, 1 Begleitperson teil. Die meisten Quartiere sind schon gesichert. Das Organisationsbüro ist zu erreichen: Am Kölnischen Park 3, Berlin, 1026, Tel. 27 82 28 50 / 27 82 28 51 / 27 82 28 52 / 27 82 28 53.

Die Staatsbank der DDR teilt mit, daß Inhaber eines Schwerstbeschädigtenausweises der Stufe IV (Schwerstbeschädigt mit Begleiter) **zusätzlich 50,- DM zum Kurs von 1:1** umtauschen können.

Am 7. März fand im Deutschlandsender das erste **Solidaritäts-Wunsch-Konzert** für Behinderte statt. Der Erlös soll **für Reisen von Behinderten nach Schweden** verwendet werden. Während der Sendung kamen bereits 8 000,- M und 130,- DM als Spenden zusammen. Am 4. April soll eine zweite Sendung von 8–11 Uhr im Deutschlandsender erfolgen. Weitere Spenden können auf das Konto des DDR-Verbandes unter dem Kennwort „Schweden" eingezahlt werden (siehe S. 2 dieser STÜTZE).

Impressum

Herausgeber: Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Behindertenverbandes

Gesamtleitung: Daniela Reinhold

Redaktionelle Mitarbeit: Martha Bogdanski, Hans-Reiner Bönning, Mario König, Ralph Loell, Dorthe Kränke, Regina Reichert, Marion Schulzke

Redaktionsschluß: 4. März 1990

Postanschrift: Märkisches Ufer 28, Berlin 1020

Kontonummern: Berliner Stadtkontor 6651-34-307 (Mark der DDR) und 6651-50-30010 (Valuta)

Gesamtherstellung: Druckerei Königs Wusterhausen, Berliner Straße 27, Königs Wusterhausen 1600

(Wir danken dem Parteivorstand der DBD für die freundliche Hilfe und Unterstützung bei der Herausgabe dieser Nr. 4/90 der STÜTZE.)